

Sessionsinfo der Schweizer Agrarindustrie

Mai 2019

Pflanzenschutz: Verantwortung braucht Innovationen

Der Pflanzenschutz braucht Innovationen, denn die Landwirtschaft steht immer neuen Herausforderungen gegenüber. Mit dem Klimawandel treten in unseren Regionen zuvor unbekannte Schädlinge und Pflanzenkrankheiten auf. Sie passen sich rasch an neue Gegebenheiten an und können – wie bereits verbreitete Schädlinge auch – Resistenzen gegen bewährte Pflanzenschutzmittel entwickeln. Ein wichtiges Ziel der Pflanzenschutzforschung ist auch, die Sicherheit und Umweltverträglichkeit von Pflanzenschutzmitteln immer weiter zu erhöhen.

Innovationen müssen rasch auf den Markt kommen, um die Herausforderungen angehen zu können. Regulierungen sowie die Zulassungs- und Bewilligungsprozesse sind deshalb möglichst effizient zu gestalten.

Das **Bundesgerichtsurteil vom 12. Februar 2018**, welches Umweltorganisationen *Parteistellung im Verfahren zur Überprüfung von Pflanzenschutzmitteln* zugestand, sowie der im April 2019 gefällte Entscheid des Bundesverwaltungsgerichts, die Bewilligung für über ein Dutzend Pestizide aufzuheben, schaden der Rechtssicherheit und dem Innovationsstandort Schweiz. **Mit der Einführung des Verbandsbeschwerderechtes beim Zulassungsverfahren von Pflanzenschutzmitteln kann sich die Dauer eines Zulassungsprozesses massiv verlängern.** Die Planungssicherheit für die betroffenen Unternehmen ist dann nicht mehr gegeben. Global tätige Unternehmen könnten künftig von einem Zulassungsantrag neuer Wirkstoffe im kleinen Agrarmarkt Schweiz absehen. Innovative Pflanzenschutzlösungen, welche auf internationalen Märkten verfügbar sind, würden die Schweiz nicht mehr erreichen.

Genauso fortschritts- und innovationsfeindlich sind die beiden Volksinitiativen «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz» (**Trinkwasser-Initiative**) und «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» (**Pestizidverbots-Initiative**).

Die Initiativen zielen auf ein undifferenziertes und wissenschaftlich nicht nachvollziehbares Verbot einer ganzen Gruppe chemischer Stoffe hin. Ein solches Verbot erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass die Pflanzenschutzfirmen ihre Forschungsaktivitäten ins Ausland verlegen, da z.B. Feldversuche nur mit unverhältnismässigen Sicherheitsmassnahmen und Kosten möglich wären. Durch den Wegfall von Forschungsk Kooperationen in der Schweiz wäre zudem auch die öffentliche Forschung von den Initiativen betroffen. Auch Unternehmen, die chemische Vorstufen oder Zwischenprodukte erstellen, wären indirekt betroffen. Dabei hat gerade die chemisch-pharmazeutische Industrie in der Schweiz eine lange Tradition. Sie ist für annähernd die Hälfte der Schweizer Exporte verantwortlich.

Nicht wissenschaftlich basierte Verbote sind nicht nur schlecht für den Ruf der Schweiz als Innovationsstandort, sie lösen auch keine Probleme. Sie sind keine geeignete Massnahme, um die Risiken, die mit dem Einsatz von Pflanzenschutzmitteln verbunden sind, effektiv zu reduzieren. Echte und nachhaltige Risikoreduktion kann hingegen durch **Innovation**, verbesserte **Erkennungs- und Anwendungstechnik**, **Bildung** und fachkompetente **Beratung der Anwender** erreicht werden.

Parlamentsgeschäfte

18.096 – Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung - Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz» (Trinkwasser-Initiative)

(im Nationalrat am 19. und 20. Juni 2019)

Empfehlung: Ablehnung ohne Gegenvorschlag

Die Trinkwasser-Initiative ist eine Zwangsjacke für die Schweizer Landwirte. Sie führt zu weniger statt zu mehr Marktnähe und ist fortschritts- und innovationsfeindlich. Sie bedeutet das Ende der von der Bevölkerung gewünschten regionalen Nahrungsmittelproduktion. Durch den massiven Rückgang der regionalen Produktion gefährdet sie indirekt deren Abnehmer in der Schweiz: Verarbeitende Industrien, Handel, Gastronomie und Hotellerie.

19.025 – Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» (Pestizidverbot-Initiative)

(im Nationalrat am 19. und 20. Juni 2019)

Empfehlung: Ablehnung ohne Gegenvorschlag

Die Pestizidverbots-Initiative fordert volkswirtschaftlich verheerende Verbote für die Nahrungsmittelversorgung (Herstellung und Importe), die Landwirtschaft und die Landschaftspflege in der Schweiz. Sie schrumpft nicht nur die regionale Produktion von Lebensmitteln in der Schweiz drastisch, sondern bedeutet ein eigentliches Importverbot für die Mehrheit importierter Lebensmittel und Rohmaterialien. Die Auswahl sinkt, die Versorgungs- wie die Lebensmittelsicherheit wird gefährdet. Die Preise der noch erhältlichen Nahrungsmittel steigen massiv, der Einkaufstourismus nimmt zu. Sie verunmöglicht sinnvolle Innovationen in der Schweiz und schadet der Schweiz als Veredelungsstandort mit hoher Wertschöpfung (z.B. Kaffee).

17.3703 – Postulat «Prüfung eines Pestizidverbots im Sömmerungsgebiet»

(im Nationalrat am 19. Juni 2019)

Empfehlung: NEIN zum Postulat 17.3703

Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln ist im Sömmerungsgebiet stark eingeschränkt. Ein allgemeines Verbot von Herbiziden würde die Bekämpfung von Problempflanzen (Blacken, Ackerkratzdisteln, weisser Germer, Alpenkreuzkraut) verunmöglichen. Gewisse dieser Problempflanzen sind für die Nutztiere giftig und müssen deshalb bekämpft werden.

17.3757 – Motion «Verbot des Unkrautvertilgungsmittels Glyphosat mindestens bis 2022»

(im Nationalrat am 19. Juni 2019)

Empfehlung: NEIN zur Motion 17.3757

Über 800 wissenschaftliche Studien, die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA), die Europäische Chemikalienagentur (ECHA), das deutsche Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR), die US-Umweltbehörde EPA und weltweit alle nationalen Zulassungsbehörden beurteilen den Wirkstoff bei sachgerechter Anwendung als sicher.

Veranstaltungshinweis Parlamentarier-Frühstück von scienceindustries am 4. Juni in Bern**Forschung für Innovation und Wohlstand - Moderner Pflanzenschutz für regionale Produkte und eine sichere Versorgung der Schweizer Bevölkerung**

Der Nationalrat behandelt demnächst die Trinkwasser- und die Pestizidverbot-Initiative. Am Parlamentarier-Frühstück von scienceindustries vom 4. Juni 2019 erläutern Dr. **Stephan Mumenthaler**, *Direktor scienceindustries*, und Dr. **Niklaus Knuchel**, *Landesleiter Crop Science Bayer Schweiz*, die volkswirtschaftlichen Auswirkungen der beiden Initiativen und zeigen auf, dass der Beitrag der innovativen Pflanzenschutzindustrie für unsere Landwirtschaft und für nachhaltige, bezahlbare Lebensmittel zentral ist. Der Anlass findet am Dienstag, 4. Juni 2019, 07.00 bis 08.00 Uhr, im Restaurant Galerie des Alpes im Bundeshaus statt.

Die **Industriegruppe Agrar** vereinigt Spezialisten im Bereich Pflanzenschutz der Unternehmen BASF Schweiz, Bayer Schweiz, Leu+Gygax, Omya Agro Schweiz, Stähler Suisse und Syngenta Schweiz. Die Gruppe setzt sich für innovative und umweltgerechte Lösungen im Bereich Pflanzenschutz ein.